

Bad Schwalbach, den 11.05.2023

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit
Sitzungsnummer	13/XI. Wahlperiode
Datum	Mittwoch, 10. Mai 2023
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:06 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzende

Frau Wendy Penk	ab TOP 2
-----------------	----------

Stellv. Vorsitzende

Frau Petra Müller-Klepper MdL	
-------------------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Frau Helga Becker	
Herr Matthias Bremser	
Herr Jürgen Helbing	
Herr Timo Müller	
Herr Paul Weimann	

Fraktionslose Abgeordnete der Partei DIE LINKE

Herr Benno Pörtner	
--------------------	--

Stellv. Mitglied

Herr Felix Bleuel	
Herr Volker Mosler	
Herr Marcus Resch	

Herr Rainer Scholl	
--------------------	--

entschuldigt

Herr Ulrich Fachinger	
Frau Dr. Jeanette Meixensperger	
Herr Alexander Müller MdB	
Frau Alexandra Unger	

Schriftführer

Herr Jörg Engelbach	
---------------------	--

Verwaltung

Frau Liane Schmidt	
--------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Müller-Klepper, begrüßt die Anwesenden zur 13. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG). Sie stellt fest, dass die Tagesordnung und die Ladung ordnungsgemäß zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Frau Müller-Klepper schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7 und 9 gemeinsam zu beraten, sowie die Tagesordnung um die Punkte 11 (Vorstellung der Auswertung der Statistik der Schulsozialarbeit) und 12 (Bericht zum Kreisaltenzentrum) zu erweitern. Der neue Punkt 13 wird Verschiedenes. Es erhebt sich kein Widerspruch.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit vom 01. März 2023

Auf Nachfrage von der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Müller-Klepper werden keine Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung des JSG vom 1. März 2023 vorgebracht.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS a) Wahl der/des Ausschussvorsitzenden b) Übergabe der Sitzungsleitung an die/den Ausschussvorsitzenden

Durch das Ausscheiden der bisherigen Vorsitzenden Frau Pfenning ist eine Neuwahl des Vorsitzes des JSG notwendig. Vorgeschlagen wird Frau Penk.

Die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Müller-Klepper, lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Frau Penk wird einstimmig zur neuen Vorsitzenden des JSG gewählt.

Frau Penk nimmt die Wahl an.

Frau Müller-Klepper übergibt die Sitzungsleitung an die neue Vorsitzende.

TOP 3. DS Sachstandsbericht Bürgergeld

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Penk, gibt es keine Wortmeldungen zum TOP. Der JSG nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS XI/742 Große Anfrage 01/23 der AfD-Fraktion; Brandkatastrophe mit Todesopfer in Taunusstein-Wehen, Stellungnahme der Verwaltung

Abg. Resch nimmt für seine Fraktion die Beantwortung der großen Anfrage 01/23 mit den Hinweisen zur Schweigepflicht des Gesundheitsamtes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS XI/785 Teilnahme am Projekt „Wohnen für Hilfe“ Hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus Nr. 64/22 vom 02. November 2022; Stellungnahme der Verwaltung

Zur Mitteilungsvorlage der Verwaltung äußern sich die Abg. Weimann und Müller-Klepper, sowie Landrat Kilian.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 6. DS XI/786 Geeignete Wohnungen für an Demenz erkrankte Menschen und ihre Partner:innen; hier: Antrag Nr. 67/22 von Die Linke vom 22.11.2022; - Zwischenbericht -

Nachfragen des Abg. Pörtner zum Zwischenbericht werden von Frau Schmidt und Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 7. DS XI/789 Ausreichend Frauenhausplätze schaffen; hier: Antrag Nr. 16/23 der fraktionslosen Abg. der LINKEN vom 17. April 2023

Die Beratung der TOPs 7 und 9 erfolgt gemeinsam, die Abstimmung jedoch getrennt.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, informiert, dass es zu der Thematik 3 Anträge gegeben hat:

1. Antrag 16/23 der fraktionslosen Abg. der LINKEN vom 22. November 2022
 2. Antrag 20/23 der SPD-Fraktion vom 19. April 2023
 3. Einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 5. Mai 2023
- Durch den neuen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD hat sich der Antrag 20/23 der SPD-Fraktion vom 19. April 2023 erledigt (**Anlage 1 der Niederschrift**).

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller-Klepper, Pörtner, Scholl und Resch, sowie die Ausschussvorsitzende, Frau Penk und Frau Schmidt von der Verwaltung.

Ein Änderungsvorschlag des Abg. Pörtner, im Punkt 2 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU und SPD „weiterhin“ durch „zunächst“ zu ersetzen, wird vom Antragsteller übernommen.

Dem Vorschlag des Abg. Scholl, keine Abstimmung durchzuführen, sondern bis zur kommenden Sitzung des Kreistages einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu formulieren, wurde nicht gefolgt.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, lässt über den Antrag 16/23 der fraktionslosen Abg. der LINKEN vom 22. November 2022 abstimmen:

Stimmverhältnis: 2 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

TOP 9. DS XI/793 Frauenhaus in Bad Schwalbach überlastet; hier: Antrag Nr. 20/23 der SPD-Fraktion vom 19. April 2023

Nach der unter TOP 7 bereits erfolgten Erörterung, lässt die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 5. Mai 2023 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Stimmenverhältnis: 9 Ja-Stimmen - 0 Nein-Stimmen - 2 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis setzt sich zum Ziel, das Angebot zum Schutz von Frauen und Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, verstärkt zu unterstützen und weiter auszubauen. Damit bekräftigt der Kreistag seinen Beschluss vom 09.06.2020.

2. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zunächst mit dem Caritasverband Wiesbaden/Rheingau-Taunus Gespräche zu führen mit dem Ziel, das Angebot an Frauenhaus-Plätzen im Rheingau-Taunus auszubauen.
3. Vor allem das Frauenhaus in Bad Schwalbach ist überlastet. In diesem Zusammenhang wird der Kreisausschuss konkret gebeten, zusammen mit dem Arbeitskreis Häusliche Gewalt, mit Mitgliedern aus u.a. Justiz, Gewaltschutz, Jugendamt und Beratungsstellen, ein Konzept für den weiteren Ausbau des bestehenden Angebots zu erstellen und dem Kreistag vorzulegen.
4. Unter anderem soll die Einrichtung einer Schutzwohnung im Kreisgebiet, in der Frauen und Kinder bedarfsgerecht vom sozialpädagogischen Fachpersonal betreut werden können, geprüft werden.
5. Bei der Aufstellung der zu erwartenden Kosten für den Ausbau des Angebotes für Familien, die bei häuslicher Gewalt Hilfe, Beratung und eine geschützte Unterkunft benötigen, sollen auch die Abrufung von Landes- und Bundesmitteln berücksichtigt werden, die in zahlreichen Programmen Frauenhäusern in der Bundesrepublik zugutekommen.

TOP 8. DS XI/792 Cannabis-Legalisierung im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 19/23 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. April 2023

Abg. Müller führt in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Becker, Bremser, Müller-Klepper, Pörtner, Resch und Scholl, sowie Landrat Kilian. Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende Penk über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Stimmenverhältnis: 3 Ja-Stimmen - 6 Nein-Stimmen - 2 Enthaltungen

TOP 10. DS XI/794 Asyl- und Flüchtlingspolitik – Kommunen unterstützen

Abg. Weimann führt in den Antrag ein.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Bleul, Mosler, Müller, Pörtner, Resch, Scholl und Weimann, sowie Landrat Kilian. Im Anschluss lässt die Ausschussvorsitzende Penk über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Stimmenverhältnis: 5 Ja-Stimmen - 3 Nein-Stimmen - 3 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises fordert, dass die Bundesregierung schnellstmöglich die derzeitigen Probleme im Hinblick auf die Flüchtlingszuweisung und Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen erkennt und konkrete Hilfsangebote den Kommunen anbietet.

1.1 In diesem Zusammenhang spricht sich der Kreistag grundsätzlich für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen aus. Konkret sollen die Flüchtlingszuweisungen an den Rheingau-Taunus-Kreis die Strukturen im Kreis nicht überfordern.

1.1.1 Die irreguläre Migration nach Deutschland muss spürbar reduziert werden, um die Kommunen zu entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige zu erhalten.

1.1.2 Weiterhin muss die Bundesregierung alle Maßnahmen stoppen, die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen. Dazu zählen auch freiwillige Programme zur Aufnahme von zusätzlichen Migranten, wie z. B. das Sonderaufnahmeprogramm Afghanistan.

1.1.3 Die Bundesregierung muss ihre vielfach versprochene Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber endlich umsetzen, vor allem bei Straftätern und Gefährdern. Das System der Dublin-Überstellungen innerhalb Europas muss dringend wieder funktionstüchtig werden.

1.2 Des Weiteren fordert der Kreistag die Bundesregierung auf, den Kommunen wirksame Entlastungsmöglichkeiten an die Hand zu geben sowie bei den entstehenden Kosten zur Seite zu stehen.

1.2.1 Die Kommunen müssen bei der Unterbringung von Migranten wirksam entlastet werden. Neben der Bereitstellung geeigneter Bundes-Immobilien oder geeigneter Container-Unterkünfte muss die Bundesregierung insbesondere dafür sorgen, dass Asylbewerber nur bei guter Bleibeperspektive und geklärter Identität sowie nur dann auf die Kommunen in der Fläche verteilt werden, wenn von der Person keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vor Ort ausgeht.

1.2.2 Die Bundesregierung muss die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung und Aufnahme von Migranten nachvollziehbar und dauerhaft regeln, um den Kommunen Planungssicherheit in der Migrationspolitik zu geben. Insbesondere muss der Bund, solange er die irreguläre Migration weiterhin nicht effektiv begrenzt und steuert, die vollständigen Kosten der Unterkunft übernehmen. Daneben muss der Bund auch die Kosten der Integrationsleistungen, etwa in Schulen und Kitas sowie von Jugendsozialarbeitern und Sozialpädagogen, die für die Betreuung und die Integration nötig sind, erstatten.

1.2.3 Die Asylverfahren innerhalb der Bundesrepublik Deutschland müssen beschleunigt in Landeserstaufnahmeeinrichtungen erfolgen; hierzu ist das Konzept der AnkER-Zentren weiterhin maßgeblich. Aus den AnkER-Zentren müssen abgelehnte Asylbewerber unmittelbar in ihre Heimat zurückgebracht werden.

1.2.4 Für die bessere Versorgung und Aufnahme der ukrainischen Kriegsflüchtlinge müssen die Kommunen mehr Möglichkeiten bekommen, ukrainisches Personal schnell und unbürokratisch in Schulen und Kindergärten einzustellen.

TOP 11. DS Vorstellung der Auswertung der Statistik der Schulsozialarbeit

Der Jugendhilfeplaner des Kreises, Herr Engelbach, stellt in einer Präsentation die Ergebnisse der Auswertung der Statistik der Schulsozialarbeit bis zum Schuljahr 2021/2022 vor. Der JSG

nimmt die Auswertung zur Kenntnis. Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Penk, ergeben sich keine Nachfragen. Die Präsentation wird dem Protokoll **als Anlage 2 der Niederschrift** beigelegt.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 12. DS Bericht zum Kreisaltenzentrum

Landrat Kilian informiert, dass sich das Grundstück, das die Stadt Bad Schwalbach zum Neubau eines Seniorenzentrums erworben hat, in seiner unmittelbaren Nachbarschaft befindet und er sicherstellen will, dass kein Widerstreit der Interessen gem. § 25 HGO vorliegt. Die Ausschussvorsitzende Penk stellt fest, dass keine widerstreitenden Interessen gem. § 25 HGO vorliegen.

Landrat Kilian und Frau Schmidt erläutern die Mitteilungsvorlage (**Anlage 3 der Niederschrift**).

Frau Schmidt beantwortet eine Nachfrage der Ausschussvorsitzenden Penk.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich die Abg. Becker, Pörtner, Scholl und Weimann.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 13. DS Verschiedenes

Landrat Kilian berichtet von der Eröffnung des Kompetenzzentrums Pflege am 6. Mai 2023.

Landrat Kilian verabschiedet sich aus dem JSG und bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit. Die nächste Sitzung des JSG findet nach dem Ende seiner Amtszeit statt. Die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, erwidert den Dank.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Penk, schließt die Sitzung um 18:06 Uhr.

Bad Schwalbach, 11. Mai 2023

(Wendy Penk)
Ausschussvorsitzende

(Jörg Engelbach)
Schriftführer